



Statement der IPPNW zur Elektronischen Gesundheitskarte

Wir, die deutsche Sektion der IPPNW/Ärzte in sozialer Verantwortung, lehnen die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte in der bestehenden Form aus folgenden Gründen ab.

- Das Arzt-Patienten Verhältnis wird durch die Speicherung sensibler Patientendaten in zentralen Rechnern beschädigt oder sogar zerstört.
- Es gibt keinen belegbaren medizinischen Nutzen der E-Card.
- Die Handhabung der Abläufe in den Praxen wird erheblich behindert.
- Die E-Card widerspricht eklatant der Verpflichtung zu sparsamer, die Gelder der Versicherten schonender Arbeitsweise. Kosten der milliardenschweren Entwicklung der Gesundheitskarte, ihrer Installation und Mehrkosten für die Praxisabläufe werden auf Patienten und Ärzte abgewälzt. Allein 2009 werden laut Bundesregierung 650 Millionen Euro an zusätzlichem Finanzaufwand geschätzt.
- Die nur zu berechtigten Einwände und ablehnenden Beschlüsse der Ärzte wurden von den Betreibern, insbesondere von der Bundesregierung, ignoriert und keinerlei qualifizierter Antwort gewürdigt. Die Einführung von Telematik-Hardware ohne Online-Funktionen bedeutet eine Salami-Taktik zur Überwindung der Widerstände, die einer demokratischen Gesellschaft unwürdig ist.
- Neue Kommunikationstechnik darf gerade im Gesundheitsbereich erst eingeführt werden, wenn ihre Wirkungen umfassend erprobt und von den Anwendern als unbedenklich und nützlich akzeptiert wurden.

Die Entwicklungen des vergangenen Jahres bestätigen die schwerwiegenden Bedenken und Sorgen in Bezug auf die Vertraulichkeit medizinischer Daten, wie sie in den Erklärungen sowohl der IPPNW-Mitgliederversammlungen 2007 und 2008 als auch von zwei aufeinander folgenden Deutschen Ärztetagen vorgebracht wurden.

- Arzt- und Therapeuten-Praxen wurde der gesetzliche Schutz vor polizeilichen und geheimdienstlichen Telefonüberwachungen entzogen, gegen die Proteste der ärztlichen Berufsvertretungen.
- Mit dem BKA-Gesetz wurden Online-Durchsuchungen legalisiert, sodass eben auch Gesundheitsdaten dem Zugriff von Sicherheitsbehörden ausgesetzt sind, soweit Online-Zugang besteht.
- Eine Fülle illegaler Datenzugriffe wurde publik, zum Beispiel im Bereich der Telekom und der Deutschen Bahn.

Wir fordern einen wirklichen Neustart des Projektes, bei dem folgende Kriterien erfüllt sein müssen:

- Online-Daten-Übertragung ausschließlich als abgeschirmte Punkt zu Punkt-Kommunikation zwischen ÄrztInnen/TherapeutInnen, ohne zentrale Datenspeicherung.
- Elektronische Datenspeicherung ausschließlich in den Händen der PatientInnen und Behandler, ohne Zugriffsmöglichkeit für Dritte.
- Gesicherte, uneingeschränkte Freiwilligkeit der Nutzung solcher Kommunikationstechnologien. Finanzielle Begünstigungen bzw. Sanktionen heben Freiwilligkeit auf.